

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 26 (1946-1947)
Heft: 3

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schaftliche Lage der Bauern auch von dieser Seite her eine Verschlechterung erfahren, wodurch sich die erwähnte Tendenz zur Kollektivisierung ebenfalls verstärken dürfte.

Die Abkehr von der bereits durchgeführten Reform ist selbstverständlich unmöglich. Will man jedoch die erwähnten sozialen und ökonomischen Folgerungen vermeiden und die privatwirtschaftliche Bodenstruktur beibehalten, so muß vor allem die *Vervollständigung* der «Zwerggüter» so rasch wie möglich durchgeführt werden, wobei diese Maßnahme mit einer rationellen *Ansiedlungsaktion* in den Westgebieten, die noch größtenteils leer stehen, bzw. mit der *Industrialisierung* des Landes in Einklang zu bringen wäre. Ferner scheint es notwendig zu sein, die bei der Parzellierung vernachlässigte Aktion der *Grundstückzusammenlegung* energisch durchzuführen, sowie die rechtlichen und ökonomischen Grundlagen des bäuerlichen *Bodeneigentums* sicherzustellen.

Die ohnehin schon beträchtlichen Schwierigkeiten, die mit der Lösung aller dieser Probleme verbunden sind, dürften noch größer werden, falls die Siedlungsaktion in den neu erworbenen Westgebieten keinen Spielraum für spätere Bodenkorrekturen ließe, die sich bei der Bodenergänzung und der Zusammenlegung von Grundstücken in Zentralpolen als notwendig erweisen werden.

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

«Was wünschst Du, mein Sohn?» — mit diesen freundlichen Worten empfing zu Anfang Mai der persische Premier Sultaneh den «Ministerpräsidenten der autonomen Regierung von Aserbeidschan» zu jenen ausgedehnten Konferenzen, von denen man in der Zeitung las, und die am Ende zwar nicht zum Bürgerkrieg, aber anscheinend zu nichts führten. Dasselbe durchaus negative Ergebnis haben aber auch die Verhandlungen der UNO zu dieser Frage gezeitigt, und man ist nachgerade wohl allgemein der Ansicht, das *Problem Persien*, mit seinen seltsamen Vertretern, habe nun das internationale Forum lange genug beschäftigt. Die Öffentlichkeit zumal hat heute andere Interessen. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird auch die zweite wesentliche Frage, welche dem Sicherheitsrat vorgelegt ist, nämlich das *Problem Spanien*, am Ende ohne materielle Erledigung aus Abschied und Traktanden fallen. Denn inzwischen sind ja die Beratungen der Uno ohnehin stark in den Hintergrund getreten vor den viel größeren Auseinandersetzungen, die sich drei Wochen lang in Paris abspielten und die sich, aller Voraussicht nach, vom 15. Juni an weiter abwickeln werden. Leider nun haben die *Beratungen der Außenminister* in ihrer ersten Etappe kaum eines der großen Probleme gelöst, welche dem hohen Gremium vorgelegt waren, und das Bedauern darüber ist in der ganzen Welt groß. Immerhin darf

dabei nicht übersehen werden, daß zwei territoriale Fragen von besonderer Bedeutung doch gelöst werden konnten: nämlich die Frage des *Südtirols* und die Zuteilung von *Siebenbürgen*. Dabei wird man es, was die Frage des Südtirols betrifft, sicher weit herum als besonders bedauerlich empfinden, daß dieses deutsche Land seinen österreichischen Brüdern nicht wieder zugeführt werden konnte. Allein dieses umstrittene Gebiet, das nunmehr seit fast dreißig Jahren zu Italien gehört, ist wirtschaftlich bereits so stark von Süden her durchsetzt worden und mit italienischem Stammgebiet verbunden, daß eine Wiederabtretung offenbar Schäden in einem Ausmaß verursacht hätte, die auch Italien gegenüber nicht zu verantworten waren. Für die Österreicher freilich ist die getroffene Lösung bitter, und man wird die Enttäuschung dieses Volkes verstehen können — auch dann, wenn man sich noch deutlich der überströmenden Gefühle erinnert, welche die Masse seiner Angehörigen im März 1938 und später für Adolf Hitler empfand, obwohl über die Politik des Diktators in Bezug auf Italien, und in Bezug auf die Preisgabe Südtirols, weder vorher noch damals noch später der geringste Zweifel bestehen konnte und bestand. Treu und unentwegt zur Fahne stand immer nur die Gruppe des tapferen Professors Reut-Nicolussi in Innsbruck, die dann auch im Kriege ihre Posten nicht verließ. Und zu dieser Politik brauchte es viel Mut.

Auch in einigen weitem Punkten des *Friedensvertrages mit Italien* ist die Pariser Konferenz nicht ganz erfolglos geblieben. Abgesehen davon, daß die *italienische Flotte* ohne weitere Streitigkeiten unter die allmächtigen Sieger zugeteilt werden konnte, scheint die Sowjetunion in der höchst neuralgischen Frage ihrer Ansprüche in *Tripolitanien* wenigstens andeutungsweise eine Kompromißbereitschaft bekundet zu haben, die vorerst freilich noch recht verklausuliert aussieht. Auch dem Übergang der seit 1919 italienischen Inseln des *Dodekanes* an Griechenland scheinen nun keine unüberwindlichen Hindernisse mehr im Wege zu stehen. Dafür werden freilich von Seiten der westlichen Alliierten wohl noch Konzessionen in der *Frage von Triest* in Erwägung gezogen werden müssen, wie es der französische Außenminister Bidault unlängst angedeutet und empfohlen hat. Vielleicht ist die westlicherseits als das äußerste bezeichnete Grenzlinie doch nicht so unwiderruflich wie man sagte. Was aber die Konferenz von Paris am Ende am meisten belastete, das war die bruske Empfindlichkeit, mit der die Sowjetrussen auf die etwas weitergespannten *Pläne des amerikanischen Staatssekretärs* im Bezug auf Deutschland zu reagieren beliebten, und noch mehr fast waren es die *nachträglichen Kommentare*, welche seitens der beteiligten Staatsmänner, nachdem sie einmal wieder zu Hause waren, zur Rechtfertigung ihrer Standpunkte gegeben wurden und die an Deutlichkeit wirklich nichts zu wünschen übrig lassen. So ist diese Konferenz, zwar mit einigen Lösungen, aber im gesamten doch recht negativ zu Ende gegangen. Was wird die nächste bringen? Vielleicht führt sie vorerst noch tiefer in die Schwierigkeiten hinein.

Inzwischen konzentrieren sich die Gegensätze immer mehr auf das *deutsche Problem*. Die Russen sind dort unerbittlich am Werk, ihre Einflußzone fest in der Hand zu behalten und mit allen Mitteln weiter nach Westen zu stoßen, während die westlichen Alliierten ebenso unerbittlich Widerstand leisten. In diesem Punkte ist die vorläufige *Einstellung der Reparationslieferungen* aus der amerikanischen Zone schwerwiegend. Von Deutschland aus zieht sich der Konflikt um die russische Einflußzone weiter nach Südosten, wo sie sich um das *Donauprobem* konzentriert, sodaß auch das *österreichische Problem* zu keiner Lösung kommen will, während

sowohl die innern Schwierigkeiten wie die Reibereien zwischen den Mächten in *Ungarn* und *Rumänien* in stetem Anwachsen sind. Auch hier haben die Amerikaner wieder zu einer drastischen Maßnahme gegriffen, indem sie die in ihrem Machtbereich befindliche *Donauflotte* beschlagnahmten, samt der darauf sitzenden Mannschaft, die übrigens anscheinend eine etwas seltsame Zusammensetzung aufwies. Zu allem Überfluß wird das deutsche Problem auch von der westlichen Seite her immer empfindlicher, indem die *französischen Ansprüche in der Ruhrfrage* in jüngster Zeit auf schärfere Ablehnung der angelsächsischen Mächte, vor allem der Vereinigten Staaten, stoßen. Immerhin sei vermerkt, daß gerade von französischer Seite erst kürzlich wieder ein sehr beachtenswerter Beitrag zur Lösung des deutschen Problems im gesamten zur Verfügung gestellt worden ist, der Erwähnung verdient. Sein Verfasser ist der langjährige französische Botschafter in Berlin, *François-Poncet*. Wir entnehmen darüber der «Tat»:

François-Poncet vertritt vor allem die Meinung, es müsse die wirtschaftliche deutsche Reichseinheit aufrechterhalten werden, was ohne politische Zentralisierung möglich sei. Jedenfalls müsse eine Lösung gefunden werden, die nicht eine deutsche Verzweiflungsstimmung und Rache heraufbeschwöre. Deshalb sei Deutschland in einen Bund von sechs Staaten zu gliedern: Bayern, vereintes Baden und Württemberg, Rheinland und Ruhrgebiet, Hannover, die Hansestädte Hamburg, Bremen, Lübeck und Stettin und schließlich der Rest Preußens und Sachsens zusammen mit Brandenburg, Pommern und Mecklenburg. Jeder dieser Staaten hätte ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung und je sechs Vertreter in einem Bundesreichsrat mit Sitz in Frankfurt a. M., wobei sich der Reichsrat vorwiegend mit Außenpolitik und Wirtschaftsfragen zu befassen, aber über keine Armee zu verfügen hätte.

Aus der russischen Gruppe wären für die Berichtsperiode noch zu erwähnen die zunehmenden *Schwierigkeiten in Polen*, wo anscheinend die Vorstöße der Opposition — diese größtenteils unterirdisch — und der Druck der Regierung sich gegenseitig steigern. Die *Wahlen* sind, wie man weiß, inzwischen verschoben worden, entgegen einer den Westmächten seinerzeit gegebenen Zusicherung, und infolgedessen haben die Amerikaner den bereits bewilligten *Kredit* von 90 Millionen Dollar nicht ausbezahlt. An Stelle der Wahlen findet nun am 30. Juni eine *Volksabstimmung* statt, die in der Formulierung ihrer außenpolitischen Fragen stark an die berühmt gewordenen Plebiszite des Dritten Reiches erinnert. Bei dieser Abstimmung soll dann auch über die *Agrarreform* entschieden werden *). Im übrigen scheinen im Zuge der gewaltsam und mit offensichtlich etwas überstürzter Beschleunigung durchgeführten polnischen *Siedlungspolitik in Schlesien* seltsame Dinge zu geschehen. So sind, wie man hört, auch waschechte Polen, die schon seit Generationen in diesen bis zum April 1945 deutschen Gebieten ansässig waren, in der Eile mitvertrieben worden. In der Warschauer Radiosendung zur «Festwoche der wiedergewonnenen Gebiete» wurde jedenfalls diese Tatsache mit der treuherzigen Begründung festgestellt:

«Oft haben unsere Siedler unter dem oberflächlichen Firnis des deutschen Einflusses das urpolnische Wesen dieser Helden unserer Eigenart nicht erkannt».

*) Wir machen die Leser auf den Aufsatz: «Die Agrarreform in Polen — gestern und heute» von Dr. Janusz Rakowski auf Seite 155 ff. dieses Heftes aufmerksam.

Zwar seien nicht alle anderthalb Millionen Polen in Schlesien und anderswo ein Opfer dieses «Versehens» geworden,

aber es sei eine «lächerliche Erscheinung», daß sich im Freistaat Sachsen bereits eine «Vereinigung der polnischen Schlesier» und in Berlin eine «Union der Ermländer» (der slawischen Bewohner des südwestlichen Teiles von Ostpreußen) gebildet hätten,

meldet man aus Warschau.

Die *Wahlen in der Tschechoslowakei* haben zu dem erwarteten Ergebnis geführt, indem den Kommunisten eine besonders starke Stellung zugesprochen wurde. Die Partei des *Präsidenten Benesch* ist ihnen gegenüber noch mehr ins Hintertreffen geraten. Für die staatspolitische und wirtschaftspolitische Entwicklung dieses Landes ist damit der Weg vorerst festgelegt; auch die Umkehrung der Abstimmungsergebnisse in der Slowakei wird daran kaum etwas zu ändern vermögen.

Endlich sei aus dem russischen Raum noch die Meldung einer englischen Zeitung vermerkt, wonach eine Anzahl kriegsgefangener *deutscher Generäle*, die zur Kriegszeit in Moskau den Ausschuß «Freies Deutschland» organisiert hatten, jetzt hinter dem Ural mit der *Ausbildung der «Roten Armee der Zukunft»* beschäftigt wäre. Diese Meldung ist an sich wohl nicht unwahrscheinlich; immerhin möchten wir hier nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß gerade in der jüngsten Zeit in besonders bemerkenswertem Grade Falschmeldungen verbreitet worden sind, wobei wir zum Belege nur zwei Beispiele herauszugreifen brauchen: die verschiedenen Meldungen über den Gesundheitszustand Churchills und über die persischen Probleme (angeblicher Bürgerkrieg).

Versucht man, die Lage, wie sie sich heute darbietet, im Gesamten zu würdigen, so läßt sich nur ein ausgesprochener *Entwicklungs- oder Schwebezustand* feststellen. Immerhin zeigt es sich, daß die durch die gewaltigen Erschütterungen im Gefolge des Krieges ausgebrochenen Strömungen allmählich in erkennbare Bahnen geleitet werden. So beginnt Frankreich, wie die Wahlen vom 2. Juni zeigen, nunmehr in den Zustand eines Ausgleiches der Kräfte zu gelangen, in welchem dem *Bürgertum* nicht nur ein maßgebender, sondern ein aussichtsvoller Platz vorbehalten ist. Dem kommunistischen Vorsturm sind deutliche Grenzen gesetzt, und es wird nicht ausgeschlossen sein, diese im Verlaufe der Zeit enger zu ziehen, wenn insbesondere die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes sich zu stabilisieren beginnen. Eine ganz ähnliche Entwicklung lassen auch die Ergebnisse der Wahlen in Italien erkennen. Freilich wäre es der Lage der Dinge nicht entsprechend, wollte man in der Folge gewisser Eindrücke die starken Positionen übersehen, welche der Kommunismus, und mit ihm die Politik Rußlands nach wie vor in Westeuropa besitzt.

Alles Weitere wird nun von der allgemeinen Entwicklung der internationalen Beziehungen abhängen. Es ist dabei nicht unwahrscheinlich, daß sich die Gegensätze vorerst unter dem unablässig starken Druck Rußlands noch weiter zuspitzen werden, bis einmal auch die russische Macht ihre Grenzen festgestellt und erkannt hat. *England* wird bei dieser Auseinandersetzung zweifellos eine Schlüsselstellung zukommen, und vielleicht mag es, wie man sagen hört, tatsächlich am Ende die Stellung eines Vermittlers zwischen dem liberalen Internationalismus Amerikas und dem kommunistischen Internationalismus Rußlands einnehmen. Und vielleicht sind die Dinge überhaupt schon weiter gediehen als man annimmt, um zu einer Lösung

es bestehe bereits ein englisch-russisches Geheimabkommen betreffend Italien und den Balkan, in welchem die beiderseitigen *Einflußsphären* abgegrenzt wären, im Sinne der Realpolitik zu gelangen. So meldete die «New York Times» dieser Tage, Zürich, den 4. Juni 1946.

Jann v. Sprecher.

Friedliches Irland

Es tut wohl, sich vom Getöse der großen Politik der Weltmächte abzuwenden, sich wegzuwenden vom Elend Europas und — wenigstens für einen Augenblick — die brennenden, noch ungelösten Fragen des Mittleren und Nahen Ostens sowie Indiens sich selbst zu überlassen und sein Augenmerk auf Irland, die grüne Insel, zu richten. Vom Hintergrund der ungeklärten Weltlage hebt sich Irland lieblich lächelnd wie eine glückliche Insel ab. Gemessen mit den Maßstäben eines gemarterten Kontinents müssen die Kriegsjahre hier nur wie eine Wolke erscheinen, die den Himmel vorübergehend verhüllte, aber, ohne eine Sturzflut auszulösen, gnädig weitereilte, wie vom Wind zerstoßen. Im Kriege ist alles möglich. Und das Unerwartete ward Wirklichkeit — Irland konnte sich seine Neutralität bewahren, ja die im britischen Königreich verbliebenen sechs nordirischen Grafschaften Ulsters mögen sogar von diesem schützenden Schirm eines neutralen Irland nicht wenig Nutzen gezogen haben. Das konnte niemand voraussehen, weder inner- noch außerhalb Irlands, es wird auch heute wohl von vielen, die im Kriege Bitteres erlebten, nicht erkannt. Mancher Ire mag zur Selbstgefälligkeit neigen — als ob alles so geplant und aufs Schönste durchgeführt worden wäre; mancher Engländer, eingedenk der ungeheuren Schiffsverluste (mehr als die Hälfte der 22 Millionen Vorkriegstonnage), deren einige wohl durch irische Stützpunkte hätten vermieden werden können, mag wohl verbittert worden sein. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß Irland ohne größeren Schaden aus dem Kriege hervorgegangen ist und indirekt nicht unwesentlich zum Sieg der Vereinten Nationen beigetragen hat.

Die Vorkriegslage

Erinnern wir uns der Lage Irlands vor dem Hitler'schen Kriege¹⁾. Damals hatte Irland einen entscheidenden Schritt zur Befriedung und Gesundung getan: es hatte sich mit Großbritannien soweit ausgesöhnt, als dies überhaupt nur möglich erschien. England, das sich schon im Jahre 1928 anerbaten hatte, die der englischen Flotte in Irland noch zur Verfügung stehenden Häfen den Iren zu überlassen (wie dies übrigens im englisch-irischen Vertrag von 1921 vorgesehen war), führte diesen Verzicht mit dem Vertrage vom 25. April 1938 endgültig durch. Dieser Schritt erfolgte im Zuge der Aussöhnungspolitik Neville Chamberlains — und ihm ist es recht eigentlich zuzuschreiben, daß Irlands Neutralität während des vergangenen Krieges aufrecht erhalten werden konnte. Der Dominien-Minister von damals, Malcolm MacDonald, der für diesen Vertrag verantwortlich zeichnete, ist jedoch in den schwersten Tagen des Krieges im englischen Parlament deswegen oft bitter angegriffen worden — als ob er so für den Verlust vieler tapferer englischer Seeleute verantwortlich geworden wäre... MacDonald hat diese persönlich äußerst scharfen Angriffe überstanden; er ist soeben, nach Beendigung seiner Gouverneurschaft in Kanada, zum Gouverneur von Malaya ernannt worden (und dies trotz der Tatsache, daß die Arbeiterpartei den Mitgliedern der sogenannten «Nationalen Arbeiterpartei», zu der Malcolm wie sein Vater Ramsay MacDonald seit der 1931er Krise gehörte, nicht gerade gut gesinnt ist).

¹⁾ Die Entwicklung bis zu Beginn des Jahres 1939 wurde von uns in den «Schweizer Monatsheften» vom März 1939 unter dem Titel «England und Irland» geschildert. Siehe 18. Jahrgang, Heft 12, S. 751—59.

Auch die leidige Frage der jährlichen Schuldentzahlungen Irlands an Großbritannien wurde damals, 1938, endgültig aus der Welt geschafft. Ja, die Lage hat sich seitdem erheblich geändert: Irland ist vom Schuldner zum Gläubiger Englands geworden! Schließlich versprach Großbritannien damals, es werde die Frage der Ulstergrafschaften im Nordosten den Inselbewohnern selbst überlassen und sich «neutral» verhalten: dies hätte unter Umständen wohl den Gedanken einer all-irischen Föderation langsam reifen lassen können. Jedenfalls wurden solche Überlegungen vielerorts gehegt, besonders als gar De Valera, dem selbst seine Verehrer keine Kompromißsucht vorwerfen können, einen Protestanten als ersten Präsidenten von Eire vorschlug. Dabei sind nicht weniger als 2,7 Millionen der Gesamtbevölkerung von 2,9 Millionen Eire's Katholiken; in der Tat ist Eire ein bewußt katholisches Land (das zum Beispiel — wie die katholische Kirche selber — die Einrichtung der Scheidung nicht anerkennt). Die Einsetzung eines protestantischen Präsidenten in der Person von Dr. Douglas Hyde war deshalb gewiß ein Zeichen dafür, daß Irland Zeiten innerer Befriedung entgegengehen sollte.

De Valera ging noch einen Schritt weiter. Gewissermaßen als Gegengabe für den britischen Verzicht auf die irischen Stützpunkte versicherte er feierlich, daß Irland sich nie zu einem Ausgangspunkt englandfeindlicher Handlungen hergeben werde. Dieses Versprechen, im Februar 1939 gegeben, ist getreulich innegehalten worden. Zwar weigerte sich Irland, die deutschen und japanischen Vertreter auszuweisen — sogar als sich die Amerikaner dem dringenden Wunsch der Regierung Churchills im März 1944 anschlossen. Trotzdem wurde Irland in keiner Weise ein Handlanger der Hitler'schen Unterjochung Europas. Es blieb tatsächlich streng neutral.

Neutralität und Zensur

Es gab für Irland im Jahre 1939 keinen anderen Weg, als den der Neutralität: wer die Geschichte Irlands und seiner Beziehungen zu Großbritannien kennt, kann zu keinem anderen Urteil gelangen. Erst kürzlich, als alles vorüber war, erklärte ein englisch-irischer Schriftsteller, daß Irland neutral geblieben sei, weil es ohne militärische Machtmittel war und sich durch Beitritt zum Kriege der ganzen Wucht der deutschen Schlagkraft ausgesetzt, wehrlos ausgesetzt haben würde. Diese Erklärung erscheint mir falsch. Stand es um Australien soviel besser? Und doch sandte Australien Truppen und Flotteneinheiten, um den im Mittelmeerraum ringenden Männern vom Vereinigten Königreich und von Kanada und den Kolonien, ja von Indien, Hilfe zu bringen. Die Gefahr eines japanischen Einfalles in Australien war nicht geringer als die eines deutschen in Irland. Die Erklärung für die irische Neutralität in diesem Kriege muß vielmehr in der englisch-irischen Geschichte der Mißverständnisse, des Gegeneinanderarbeitens, des Herrscherwillens und der Ablehnung solcher Herrschaftsgelüste gesucht werden.

Wurde innerhalb Irlands an der Neutralitätspolitik Kritik geübt, so geschah es vor allem mit Bezug auf ihre praktische Handhabung, die manchmal so aussah, als ob dem Iren Sieg oder Niederlage der Feinde Hitlers gleichgültig wäre. Die Schuld an diesem Mißverständnis trug die Pressezensur. Während sich andere Neutrale von dem Fluch der Vorzensur freihielten, richtete De Valeras Regierung eine äußerst scharfe und plump gehandhabte Zensur ein. Und all die Jahre von 1939 bis 1945 lag die schwere Hand der Militärs auf allen Druckerzeugnissen Irlands. Es ist bekannt, daß selbst in Todesanzeigen die Worte «Vor dem Feind gefallen» oder schlechthin «Gefallen» ausgemerzt wurden. Tatsächlich war der irischen Presse kaum ein Hinweis auf das große Geschehen erlaubt. Kann man sich wundern, daß eine solche Handhabung der Neutralität herbe Worte hervorrief und neue Bitterkeit erzeugte? Zumal England, lange Monate hindurch die einzige kriegführende Macht des Westens, das letzte Hindernis, das uns alle vor dem Hitlerwahnsinn rettete, keinerlei Vorzensur kannte, ja jegliche Zensur dem freien Willen, dem gesunden Menschenverstand der englischen Journalisten überließ?

Freilich blieb andererseits die Redefreiheit unangetastet bestehen: der Abgeordnete Dillon zum Beispiel konnte Versammlung um Versammlung abhalten und gegen die Neutralitätspolitik der Regierung angehen. Freie Männer aller Orten konnten die Greuelthaten der Hitlerpolitik verdammen — nur gedruckt durfte es nicht werden. Außer der Redefreiheit blieb auch der Vertrieb englischer Zeitungen in Irland ungestört. Hinzu kam die Möglichkeit, dem britischen Rundfunk zuzuhören. Hinzu trat die Fülle der Briefe der im britischen Heere dienenden und an allen Fronten kämpfenden Iren, die ihren Lieben daheim wenigstens andeutungsweise mitteilen konnten, daß der große Krieg gegen Hitler weiterging, vorgetragen wurde und dann zum Sieg — zum Siege aller freien Menschen — führte...

Hilfe für Großbritannien

Zweimal sprach De Valera mit der klaren Stimme des verantwortlichen Staatsmannes und durchbrach den Schleier scheinbarer Meinungsneutralität. Als die Dinge für die freie Welt besonders schwarz aussahen, die deutschen Heere in Holland und Belgien eingefallen waren und ihren rasenden Vorsturm durch die französischen Lande begannen, da ging de Valera nach Galway: Kleinstaaten, so sagte er seinen Zuhörern in Beantwortung banger unausgesprochener Fragen, Kleinstaaten kämpfen für ihr Leben. Unwürdig der Kleinstaat, der nicht gegen solche Gewalttat Einspruch erhebe! Das war am 13. Mai 1940, und diese Worte des verantwortlichen Ministerpräsidenten und Außenministers sollten nicht vergessen werden. Noch ein zweites Mal trat er aus seiner Zurückhaltung hervor — Mitte Dezember 1941, als die Vereinigten Staaten durch den japanischen Angriff endgültig zum kriegführenden Mitkämpfer der Vereinten Nationen geworden: damals begrüßte er den Schritt der Vereinigten Staaten, auch wenn er für Irland weiterhin «freundliche Neutralität» als einzig mögliche Politik hinstellte.

Im Laufe der Kriegsjahre sandte Irland eine ständig wachsende Menge von Lebensmitteln nach Großbritannien. Nun gab es freilich für Irland keine anderen Ausfuhrmöglichkeiten: trotzdem sollte nicht vergessen werden, daß man damals immerhin die Bombardierung der irischen Häfen — die keine Fliegerabwehrkanonen besaßen, jedenfalls auf lange Jahre hin keine besaßen! — durch Hitler befürchten mußte. Hatte nicht der Präsident, Dr. Hyde, selbst gesagt, als ich ihn 1938 besuchte, daß ein Krieg wohl über Nacht kommen werde und daß man mit der plötzlichen Bombardierung Irlands werde rechnen müssen? Diese Gefahr lief man in Irland sehenden Auges. Niemand, auch nicht Churchill, hätte voraussagen können, daß Hitler die irischen Häfen unangetastet lassen und die für den Einfall in Irland ausgearbeiteten Pläne schließlich nicht benutzen würde.

Bis heute sind keine amtlichen Ziffern veröffentlicht worden — sehr zum Gram des Generals Gough, der wiederholt darauf gedrängt —, die zeigen würden, wieviele Iren denn nun in den britischen Streitkräften gedient haben: es sind über hunderttausend Mann, vielleicht gar zweihunderttausend gewesen. Viele haben sich hohe Auszeichnungen verdient — und die aus den Ulstergrafschaften stammenden Feldmarschälle Alexander und Montgomery sind weltberühmte Soldaten geworden. Eine sehr große Zahl von Irén kam als Arbeiter nach Großbritannien: blieben sie länger als zwei Jahre ohne Unterbrechung im Lande, so wußten sie, daß sie dienstpflichtig würden. De Valera ließ sie alle gehen, über eine Viertelmillion der besten jungen Iren — gewiß eine erstaunliche Zahl für ein Volk, das nicht einmal drei Millionen zählt; und nicht die Haltung einer «neutralen» Regierung! Wiederum läßt sich natürlich einwenden, daß diese Vollbeschäftigung der irischen Bevölkerung im Interesse Irlands selber lag. Das ist durchaus richtig. Während des Krieges erhielt Eire in Form von Dividenden aus Großbritannien nicht weniger als 44 Millionen Pfund; hinzu kamen 46 Millionen Pfund, die von den außerhalb Irlands arbeitenden Iren nach Hause geschickt wurden; und zu alledem traten noch die 20 Millionen Pfund, die von der britischen Regierung für Pensionen an Iren gezahlt

wurden. Das sind große Zahlen. Sie werden gerne von denen angeführt, die den Neutralen etwas am Zeuge flicken wollen. Trotzdem: sie stellen zu einem großen Teile nur die geldlichen Symbole der Arbeitsleistung dar, die von den Iren auf Seiten der Vereinten Nationen in der Kriegsführung gegen Hitler eingesetzt worden sind.

So ist denn Irland — wie Ägypten oder Indien — zum Gläubiger Großbritanniens geworden. Wer je in Irland gewesen, weiß, wie arm das Land ist — weiß, wie gut es die Waren wird brauchen können, die ihm für die geleistete Arbeit und für die gesandten Lebensmittel schließlich von Großbritannien geliefert werden. Das Volkseinkommen der fast drei Millionen Iren belief sich in den Dreißigerjahren auf durchschnittlich 154 Millionen Pfund im Jahre — keine Ziffer, die für Wohlstand spräche! Im Jahre 1944 war es auf 252 Millionen Pfund angewachsen. Allein in der gleichen Zeitspanne stiegen die Lebenshaltungskosten von 100 auf 170! Damit hat sich also des Iren Lage nicht gebessert, ja die echten Löhne, in Kaufkraft ausgedrückt, sind gefallen.

Das letzte Wort über die Ersparnisse und die Guthaben in englischen Pfunden ist noch nicht gefallen. Es wird erst binnen einigen Jahren gesprochen werden, wenn Großbritannien in der Lage sein wird, die Gelder in Wirtschaftsgütern auszudrücken, wenn es Waren und Maschinen liefern kann: das dann gültige Preisniveau wird für die Iren entscheiden, wie sie wirtschaftlich dastehen.

Wahlen

Während Churchill sich weigerte, in Großbritannien Wahlen zuzulassen, hat Irland — wie andere Dominien, und zwar Dominien, die im Kriege standen — wiederholt Wahlen durchgeführt. De Valeras Politik stand auf diese Weise jeder durch geheime Wahl ausgedrückten Kritik seiner Landsleute offen. Die Senatswahlen vom 22. Juni 1943 brachten keine Verschiebung der Kräfte — den 22 Senatoren der Partei De Valeras (Fianna Fail) standen 14 der früher von Cosgrave geführten Fine Gael, 7 der Arbeiter und 6 der Unabhängigen gegenüber. Der Senat hat sehr eng begrenzte Rechte — wichtiger, ja ausschlaggebend ist die andere Kammer, der Dail. Am 9. Mai 1944 wurde dort die Regierung zum Erstaunen aller Beteiligten und Unbeteiligten überraschend in die Minderheit versetzt — Schweizer mag es interessieren, zu hören, daß es sich bei diesem Niederstimmen der Regierung um ein Eisenbahngesetz handelte.

Daraufhin bat der Ministerpräsident den Präsidenten, die Auflösung der Kammer anzuordnen und Neuwahlen auszuschreiben. Hyde hätte diese Auflösung verweigern können, da De Valera ja scheinbar nicht mehr das Vertrauen der Kammer genoß. Er machte von dieser Machtbefugnis keinen Gebrauch — zu Recht nicht, da sich dieser Sturm als ein Sturm im Wasserglas erwies und die Wahlen den Ministerpräsidenten De Valera und sein Kabinett mit beachtlichen Gewinnen im Amte bestätigten. In der am 30. Mai 1944 gewählten Kammer von 138 Abgeordneten verfügt De Valeras Fianna Fail Partei über nicht weniger als 76 Sitze — die Fine Gael blieben mit nur 30 weit im Hintertreffen; die Bauern erhielten 12, die Arbeiter 8, die Nationalen Arbeiter 4; hinzu kommen 8 Unabhängige.

Es läßt sich jedoch nicht leugnen, daß die politische Atmosphäre etwas hitziger wurde, als sich der Krieg langsam seinem erfolgreichen Ende näherte. Ulster hatte während des Krieges natürlich Riesenaufträge bekommen, hatte auch die ersten Stützpunkte für die Truppen der Vereinigten Staaten gestellt — jedenfalls war es, mit der Dauer des Krieges, der Bombardierung Belfasts, infolge seiner Verluste und der engen geistigen Verbindung mit dem englischen Volk während dieser Jahre in immer engere Beziehung zum Vereinigten Königreich getreten. De Valera anderseits wurde nie müde, zu erklären, er sei neutral geblieben, weil die nördlichen Grafschaften eben noch immer vom Rest Irlands abgetrennt wären... Beide Teile

der grünen Insel entfernten sich wieder voneinander, schneller als sie sich vor dem Kriege einander genähert hatten. Als die Amtszeit des Präsidenten im Sommer 1945 zu Ende ging — wer konnte sich da wundern (wenn man es auch bedauern mag), daß De Valera nicht wiederum einen auch im Norden angesehenen Protestanten zu seinem Kandidaten wählte, sondern dieses Mal einen seiner engen Mitarbeiter in der Partei und Regierung für das höchste Amt im Staate vorschlug?

Churchill tat das seine, diese Entwicklung zu beschleunigen. Am 13. Mai 1945 sprach er im britischen Rundfunk — der Sieg über Hitler war errungen! Gewiß — er pries die irischen Feldherren, auch die Söhne Eires, die für diesen Sieg geblutet oder gearbeitet hatten. Aber — so fügte er hinzu — die Neutralität Irlands raubte uns notwendiger Häfen, kostete uns große Opfer — und wir sahen ruhig zu, obwohl wir uns diese Häfen jederzeit hätten mit Gewalt holen können! Diese Worte lösten in Irland Entrüstung aus. De Valera beantwortete sie eingehend, und in seiner Antwort rief er die alte Fehde wieder auf: neuerdings wurden die alten englisch-irischen Gegensätze unterstrichen, die Teilung Nordulsters von Eire wiederum als unhaltbar hingestellt. Was in langjähriger Arbeit abgemildert, halb begraben worden, wurde durch diese Worte Churchills wieder hervorgezerrt, verschärft. In dieser Atmosphäre mußte man an die Wahl eines neuen Präsidenten gehen. De Valera schlug seinen Vizepräsidenten im Kabinett, Sean O'Kelley, vor — und er wurde Ende Juni gewählt.

Drei Kandidaten waren aufgestellt. Neben dem Kandidaten der Regierungspartei stand General Sean MacEoin, ein Mann, der sich im Abwehrkampf gegen die britischen Soldaten, die «Black and Tan» der frühen Zwanzigerjahre, ausgezeichnet, und ein anderer, aus der gleichen wirren Zeit her bekannter Arzt und Landwirt, Dr. Patrick McCartan. Seltsamerweise brachte die erste Zählung der abgegebenen Stimmen keine klare Mehrheit — O'Kelley hatte 537 965, MacEoin 335 539 und McCartan 212 834 Stimmen. Man mußte deshalb die Stimmzettel des Dr. McCartan daraufhin durchsehen, wieviele Stimmen auf ihnen auf die anderen Kandidaten als *zweite* Präferenz abgegeben worden waren. Und hier zeigte sich, daß das irische Proporzsystem für die Wähler viel zu umständlich ist. Fast ein Drittel der Stimmen für McCartan zeigten keinerlei zweiten Namen als auch im Rennen befindlich. Der Rest ergab 117 886 zweite Stimmen für MacEoin und nur 27 200 zusätzliche für O'Kelly. Demnach erhielt De Valeras Kandidat, O'Kelly, im ganzen 565 165 Stimmen, gegenüber den 453 425 des bis zuletzt im Rennen gebliebenen Gegners und Kandidaten der Fine Gael Partei.

O'Kelly ist ein freundlicher, ja gutmütiger Mann; er begann in der Dubliner Nationalbibliothek, wo er Gehilfe war, und wurde später in den Dubliner Stadtrat gewählt. Als Patriot vertrat er die irischen Belange als inoffizieller Beobachter auf der Pariser Konferenz von 1919. Innerhalb seiner Partei ist er sehr beliebt; er und seine Frau — die Schwester des sehr fähigen Landwirtschaftsministers Dr. James Ryan — dürften die Rolle der ersten Familie des irischen Staates sehr wohl ausfüllen. Dr. Hyde, Dichter, Lehrer und Sprachforscher, der heute im 87. Jahr steht, hat sich zum zweiten Mal in den mehr als wohl erworbenen Ruhestand zurückgezogen.

Im ganzen gesehen hat Irland den Krieg glücklich überstanden. Das Land kann sich eines ungestörten Fortschritts erfreuen. Außenpolitisch hat es sich freilich weiter von den Schwesternationen entfernt — schließlich wird weder Großbritannien, noch werden Kanada, Südafrika oder Australien und Neuseeland vergessen können, daß Irland formell neutral blieb, als es ums Leben Aller ging. Seinem Ziel, die ganze Insel zu umspannen, ist es in keiner Weise näher gekommen; ja, die Aussichten haben sich, von De Valeras Gesichtspunkt, verschlechtert. Dies ist der Preis, den es für seine Neutralität zu zahlen hatte.

London, Ende Mai 1946.

F. W. Pick

Schweizerische Umschau

Ein zweites Mal: Demokratie als Spielerei

Im Märzheft bildeten die bei uns aufkommenden «Jugendparlamente» den Gegenstand einer Betrachtung, die zu ablehnenden Schlüssen gelangte. Wir erhielten daraufhin vom Präsidenten der Vereinigung Schweizerischer Jugendparlamente, M. Ritter, eine Rechtfertigung dieser Institutionen, welche wir in der Meinung wiedergeben, einmal die Jugendparlamente selber zum Worte kommen zu lassen, zugleich aber den Lesern eine weitere Unterlage zu vermitteln für die Stichhaltigkeit unserer ablehnenden Stellungnahme. Die eingesandte Rechtfertigung hat den folgenden Wortlaut:

«Der Verfasser des Artikels «Demokratie als Spielerei» übt in folgenden Punkten Kritik am Jugendparlament:

1. Das Jugendparlament stellt den Parlamentarismus der Demokratie gleich.
2. Das Jugendparlament ist als Instrument der staatsbürgerlichen Erziehung überflüssig, da es bereits genügend solcher Institutionen gibt.
3. Es besteht die Gefahr, daß das Jugendparlament zu einem politischen Faktor wird.

Wenn die Jugend sich eine neue Art des staatsbürgerlichen Unterrichtes in Form des Jugendparlamentes gegeben hat, dann will dies bestimmt nicht heißen, daß sie den Parlamentarismus der Demokratie gleichstellt. Es zeigt dies aber, daß die Jugend nicht nur in einer Gruppe von Gleichgesinnten miteinander die aktuellen politischen Probleme besprechen, sondern auch die Meinung des politischen Gegners kennen lernen will. Die Jungen zeigen damit, daß sie nicht, wie dies leider bei vielen Partefraktionen im richtigen Parlament der Fall ist, nur ihre eigenen Ideen und Programme unterstützen und annehmen wollen, sondern daß sie bereit sind, jedem guten Vorschlag, von welcher Seite er auch kommen mag, ihre Zustimmung zu geben. Wenn die Tagungen in Form eines Parlamentes erfolgen, so darf darauf hingewiesen werden, daß das Parlament ein notwendiger Faktor des demokratischen Staates sein wird, in welchem die Aussprache zwischen den verschiedenen Volksvertretern stattfindet. Wenn heute viel über die schlechten Sitten in den Parlamenten gesprochen wird, so ist dies noch lange kein Grund, daß die Jungen diese nachahmen sollten.

Der Verfasser ist der Ansicht, daß die staatsbürgerliche Schulung im bisherigen Rahmen durchaus genügt. Wenn sich dieser einmal die Mühe nehmen würde und verschiedene junge Bürger fragen würde, was sie von einem staatsbürgerlichen Vortragskurs halten, dann würde das Ergebnis zeigen, daß die Jugend nicht so begeistert ist von diesen Kursen, wie dies den Ausführungen des Artikels zu entnehmen ist. Warum haben die Jugendparlamente einen solchen Erfolg? Weil die Jungen heute nicht nur trockene Vorträge anhören wollen und selbst tätig zu sein wünschen, wie dies im Jugendparlament möglich ist. Daß die Jugend sich nur auf die eigenen Füße stellen will und die Erfahrungen der Alten nicht mehr benötige, widerlegt das Jugendparlament, indem in den meisten Sitzungen am Schluß eine Kritik seitens eines erfahrenen Parlamentariers entgegengenommen wird.

Daß das Jugendparlament tatsächlich zu einem ernsthaften politischen Faktor wird, das ist nur zu hoffen. Es wird bestimmt für die Behörden und die Volksvertreter in den verschiedenen Räten von Nutzen sein, wenn sie die Stimmung der Jungen, welche einst das Erbe zu übernehmen haben, kennen lernen. Durch die Eingabe von Motionen, Interpellationen im Jugendparlament und Weiterleitung dieser Geschäfte nach Behandlung im Jugendparlament an die richtigen Parlamente, haben wir aktiven Anteil am politischen Leben. Wäh-

rend den Zeiten des Wahlkampfes wird ja stets um die Jungen geworben; heute, wo die Jugend sich tatkräftig in der Politik in Form von Jugendparlamenten betätigen will, wird dies bereits als eine Gefahr gebrandmarkt. Ich glaube, daß die Jugend, welche auch während des Krieges stets treu für die Heimat eingestanden ist, das Recht und die Pflicht hat, ihre Meinung in der Politik zum Ausdruck zu bringen. Diese Aufgabe will das Jugendparlament erfüllen, in der Zusammenarbeit zwischen Alt und Jung!»

Wir können nicht umhin, dieser Verteidigung der Jugendparlamente noch einige weitere kritische, die Betrachtung im Märzheft ergänzende Worte beizufügen.

Die Jugendparlamente sollen also zur Aussprache zwischen den einzelnen politischen Richtungen dienen. Wir sehen aber wirklich nicht ein, daß in der Demokratie und besonders bei den jungen Bürgern der Parlamentarismus die Rolle spielen soll, welche ihm die Jugendparlamente beimessen. Das Roß wird da gewissermaßen beim Schwanze aufgezäumt. Gerade der Jugend geziemt es, in erster Linie praktisch zu arbeiten und dann erst zu reden, handelt es sich doch für sie in erster Linie darum, Erfahrungen zu sammeln und nicht, eine parlamentarische Gewandtheit zu erlangen. Die Jugendparlamente mit ihrer Überschätzung des Parlamentarismus machen es gerade umgekehrt: sie lassen die größten Probleme von den unerfahrensten Leuten behandeln. So droht sich an der Stelle der Tatdemokratie eine Rededemokratie herauszubilden. Täusche man sich nicht! Die Berufspolitiker sind im Anzuge, und die Jugendparlamente brechen ihnen Bahn.

Die Jugendparlamente werden nun damit verteidigt, daß die jungen Bürger selber tätig sein und nicht bloß staatsbürgerliche Vorträge anhören wollen. Es mag sein, daß viele Vortragskurse die Jugend nicht zu packen vermögen. Sie aber deswegen zu verwerfen, heißt von der falschen Voraussetzung ausgehen, daß das Staatsbürgertum in einer Begeisterung bestehe, während es doch nur einen Zustand bildet. Indessen können doch die jungen Bürger neben den Vorträgen auch selber tätig werden in geleiteten Aussprachen und Diskussionen ohne das Aushängeschild eines Parlamentes. Mit Recht hat der Regierungsrat des Kantons Zürich darum den Jugendparlamenten die Benützung des Rathauses versagt und sie in Schullokalitäten verwiesen. Wenn es auf das Selber-tätigsein ankommt, dann öffnet sich den Jungen doch auch in erster Linie die Möglichkeit, zuerst kleine und dann fortschreitend immer größere Aufgaben im praktischen Leben der Demokratie zu übernehmen, und wir bedauern es außerordentlich, daß der Verteidiger der Jugendparlamente mit keinem Wort auf diese Möglichkeit, die von uns als eidgenössischer Brauch hervor gestellt und mit wohlbedachten Worten Fritz Fleiners belegt wurde, eingegangen ist. Man könnte daraus den Schluß ziehen, daß solche unscheinbare Kleinarbeit im demokratischen Raume als zu wenig auffällig und lohnend links liegen gelassen werde.

Erschreckt sind wir beinahe ob der Sicherheit, mit welcher die Jugendparlamente durch Eingreifen in die Arbeit der ordentlichen Räte «zu einem ernstesten politischen Faktor» werden wollen. Es zeugt nicht gerade von einer großen Ehrfurcht vor der bestehenden demokratischen Verfassung, welche die Vertretung des Volkes in den gewählten Parlamenten eindeutig festlegt, wenn sich hier Konkurrenzparlamente auf tun, welche grundsätzlich — und zum Teil noch mit Hohn — den ordentlichen Räten die Vertretung der Jugend absprechen und für sich beanspruchen. Offenbar fehlt es hier gerade an der demokratischen Zucht der Einordnung in die einmal gegebene Verfassung. Daß die Jugend treu zur Heimat gestanden ist, scheint uns eine Selbstverständlichkeit zu sein, und es mißfällt nicht zu Unrecht, wenn dafür nun eine Rechnung auf bürgerliche Sonderrechte präsentiert wird.

Bei all dieser Kritik der Jugendparlamente mag indessen zum Schlusse doch noch einmal wiederholt werden, daß wir durchaus dafür einstehen, daß den jungen Bürgern im Rahmen der Verfassung wieder mehr Möglichkeiten zu ihnen angemess-

sener verantwortlicher Mitarbeit aufgetan werden. Insofern verstehen wir das Anliegen der Jugendparlamente.

Bülach, am 31. Mai 1946.

Walter Hildebrandt.

★ Kulturelle Umschau ★

Genfer Oper

Gastspiel der Mailänder «Scala»

Zweimal Verdi

«Wagners Anfang rührt an Beethoven, sein Ende an Debussy», sagt etwas summarisch ein bekannter Musikhistoriker. Verdi kommt bescheidener etwa aus Bellinis Kreis und erweckt in genialer Weise als 80jähriger Greis die längst nicht mehr lebendige komische Oper seines Landes noch einmal zu neuem Leben. Shakespeare regt mit seinen «Lustigen Weibern von Windsor» den alten Italiener 1893 zum «Falstaff» an, wie er mit «Maß für Maß» den jungen Deutschen 1836 zum «Liebesverbot» angeregt hatte.

Die Genfer Aufführungen begannen mit dem Alterswerk, jedoch scheint für das nachträgliche Betrachten der Werke die chronologische Reihenfolge zweckmäßiger. So hat denn «*Un ballo in maschera*», aus der mittleren Epoche hervorgegangen, den Vorrang. Dem Libretto dient als historisches Vorbild die Ermordung des Schwedenkönigs Gustav III. durch einen Offizier, dessen Frau Amelia von starker und erwideter Neigung für den König ergriffen war. Der gutmütige Rossini lehnte solche Dinge ab, und so komponierte 1833 Auber nach dem Text von Scribe «Gustav oder der Maskenball». Aus Gründen politischen Taktes verlegte man 1861 die Szene nach Neapel, vor welchem Hintergrund ein frei erfundener spanischer Herzog ermordet wurde. Zwischenhinein, im «Tristan»-Jahr 1859, bearbeitete Piave die dramatische Geschichte für Verdi. Ganz belanglos, daß er Boston als Kulisse wählte, da in dieser sprachlich und musikalisch rein italienischen Atmosphäre sowieso niemand an Schweden denkt. Verdis Amelia erinnert in manchen Zügen an Mozart — Da Pontes Donna Anna; eine charakterfest bedeutende Persönlichkeit, deren Partie reich ausgestattet ist. Zu ihrem dramatischen Sopran kontrastiert sehr wirkungsvoll der schicksalhaft dunkle Alt der Wahrsagerin Ulrica. Stimme und Orakelspruch dieser Frau wirken über ihr verhältnismäßig kurzes Auftreten weit hinaus. Die leichtsinnige Art, mit welcher Ricardo in einer glänzend virtuosens Lacharie auf die düstere Prophezeiung reagiert, stellt diesen sonst so sittenstrengen Liebhaber und Gouverneur von Boston momentweise an Don Giovannis Seite. Wirkungsvoll flankiert wird der Tenor vom Bariton Renato, Amelias fast betrogenem Gatten, mit tiefer Stimme und tiefem Gefühl für Ehre und Freundschaft. Wesentlich stärker als Don Octavio ersticht er den vermeintlichen Verführer seiner Frau auf einem Maskenfest und erfährt sodann vom sterbenden Opfer des verdächtigten Paares Unschuld. Nicht einzusehen, warum das Libretto als unlogisch und konfus gilt. Daß gegen einen Gouverneur Komplotte geschmiedet werden, daß dessen bester Freund sich auf die Seite der Verschwörer stellt, wenn er sich von ihm betrogen glaubt und die Ehre der eigenen Frau auf dem Spiel steht, ist menschlich durchaus begreiflich und dramatisch trefflich auswertbar. Eher könnten der Musik einige wenige Vorwürfe gemacht werden. Schwer erträglich ist beispielsweise der im ersten Chor herrschende Ton; auch gibt es Stellen, in denen die Blechbläser allzu kompakt eingesetzt sind. Verfolgt man aber die musikalische Durchführung der einzelnen Rollen — neben